

1026 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVI. GP

Bericht

des Finanz- und Budgetausschusses

über die Regierungsvorlage (997 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1986 genehmigt werden (Budgetüberschreitungs-gesetz 1986)

Der gegenständliche Gesetzentwurf trägt verschiedenen Maßnahmen Rechnung, die bei der Erstellung des Bundesvoranschlages 1986 nicht vorausehbar bzw. ziffernmäßig nicht abschätzbar waren, nunmehr jedoch bei ihrer Durchführung Überschreitungen bei verschiedenen Ansätzen des Bundesvoranschlages 1986 bedingen.

Hiezu zählen in erster Linie Preisausgleichsmaßnahmen im Agrarbereich, für welche zusätzlich 632 Millionen Schilling bereitzustellen sind. Weitere Überschreitungen ergeben sich dadurch, daß im Bereiche des Hochbaues für Schulen, für die Landesverteidigung und für sonstige Bundesgebäude insgesamt 285 Millionen Schilling zusätzlich aufgewendet werden. Schließlich ergeben sich aus der Vollziehung des Weingesetzes 1985 Überschreitungen von 112 Millionen Schilling.

Die Durchführung dieser Maßnahmen bedingt Überschreitungen von Ausgabenansätzen des Bun-

desvoranschlages, wobei die Bedeckung in Ausgabenumschichtungen und Rücklagenentnahmen gefunden wird.

Nach der in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage zum Ausdruck kommenden Rechtsauffassung unterliegen die Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG nicht dem Einspruchsrecht des Bundesrates.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 19. Juni 1986 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Hietl, Koppensteiner und Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie der Bundesminister für Finanzen Dipl.-Kfm. Lacinä das Wort.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (997 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1986 06 19

Kuba

Berichterstatter

Kurt Mühlbacher

Obmann